



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/35 - 10.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Wie lange dauert eine Woche in Bonn?	S. 1
Schwere Beisse für die Arabische Liga	S. 3
Spannungen in der niedersächsischen FDP	S. 5
Cocktail-Empfang beim Kanzler	S. 7

Die "schnelle Hilfe" des Ministers Oberländer

K.J. "Ist Widerstand ein Verbrechen?" - In frischer Erinnerung sind noch die seltsamen Begründungen, mit denen das Stuttgarter Versorgungsamt Rentenansprüche kranker Heimkehrer aus sowjetischen Konzentrationslagern abgelehnt hatte. So wurde z.B. einem Antragsteller, der von der sowjetischen Besatzungsmacht wegen angeblicher "Antisowjetischer Propaganda" und "illegaler Untergrundtätigkeit" zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, kurz erklärt, er habe demzufolge Widerstand gegen die Besatzungsmacht geleistet und damit die "wesentliche Bedingung zum Eintritt des schädigenden Ereignisses selbst gesetzt." Eine "besondere Gefahr" im Sinne des § 5 Abs. 1 d des Bundesversorgungsgesetzes sei nicht als die "entscheidende Ursache der Schädigung anzusehen."

So wurde einem Terrorurteil unbekümmert Rechtmäßigkeit unterstellt

Der durch nicht wenig schockierte politische Flüchtling legte gegen den Entscheid Widerspruch ein. Das Arbeitsministerium von Baden-Württemberg prüfte den Widerspruch und kam zu der Auffassung, dass er zu Recht besteht. Schließlich wurde durch das Bundesministerium für Arbeit in letzter Instanz die Anerkennung des Antrags ausgesprochen.

Ist aber damit der Versorgungsanspruch aller ehemaligen politischen Häftlinge sichergestellt? Hat man sich in Bonn endlich entschieden, das Bundesversorgungsgesetz auf alle Opfer des Kalten Krie-

ges anzuwenden? Das ist nicht der Fall. Wenn es hoch kommt, werden von sowjetischen Militärgerichten Verurteilten zu einem Teil Berücksichtigung finden und in den Personenkreis des BVG eingereicht werden. Zwar sind sie nach dem Wortlaut der Durchführungsbestimmung durch "Maßnahmen alliierter Truppen während der Besetzung deutschen Gebietes" verhaftet worden und die Besatzungsmacht war "vor und bei Eintritt des schädigenden Ereignisses erkennbar tätig gewesen" - das Gesetz nach muß die Inhaftierung aber auch "ein öffentliches Unrecht" darstellen. Den Sachbearbeitern auf den Versorgungsämtern ist es überlassen, ganz "nach Lage des Falls" zu entscheiden. Und so gibt es denn weiter Ablehnungen in Hülle und Fülle.

In Baden-Württemberg allerdings hat man sich jetzt entschlossen, wenigstens keine ablehnenden Bescheide mehr hinauszuschicken, sondern auf die "endgültige Klärung durch die Bundesbehörden" zu warten. Freilich ist damit wenig getan. Die politischen Heimkehrer bedürfen einer schnellen Hilfe. Die glücklichste Lösung wäre ein neues Gesetz, das Fehlurteile ausschließt, Ermessensentscheide möglichst unnötig macht und auch die Ansprüche jener Widerstandskämpfer berücksichtigt, die von Pankower Gerichten verurteilt worden waren.

Wie sagte doch Herr Bundesminister Oberländer am 14. Juli 1954 im Bundestag, nachdem die Abgeordneten der Regierungsparteien die Forderung der sozialdemokratischen Opposition nach einem Sondergesetz für die Versorgung und Entschädigung ehemaliger politischer Häftlinge der Sowjetzone abgelehnt hatten und sich mit der Prüfung der Anwendungsmöglichkeit bestehender Gesetze begnügten?:

"---Wenn es sich um schnelle Hilfe handelt, ist es nicht notwendig, ein neues Gesetz zu machen. Entscheidend ist vielmehr, dass die Dinge schnellstens geklärt werden. Das geschieht noch in dieser Woche. Ich glaube, für die Bundesregierung erklären zu können, dass nichts verzögert wird, sondern dass wir alles tun werden, um noch in dieser Woche die Dinge zu entscheiden."

Das war am 14. Juli 1954. Entschieden aber ist bis zum heutigen Tage nichts. Weder gab es auf den Personenkreis der ehemaligen politischen Häftlinge abgestimmte neue Durchführungsverordnungen zum Bundesversorgungsgesetz, noch bemühte man sich um eine Novelle zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz. Wann kommt die "Klärung", wann kommt die Hilfe? "Noch in dieser Woche!" sagte der Bundesminister Oberländer vor einem guten halben Jahr. Wie lange dauert eine Woche in Bonn? Wie lange wird man noch "Anwendungsmöglichkeiten" prüfen?

Finden Bagdad und Kairo nicht mehr zueinander?

Von unserem Dr.F.-Mitarbeiter für Nahostfragen

Die letzten Nachrichten aus dem Nahen Osten lauten dahin, dass der Versuch, den Ägypter Nasser und den kurdischen Iraker Nuries Said in Beirut an einen Tisch zu bringen, als gescheitert angesehen wird. Das irakische Kabinett hat verkündet, es werde nun unverzüglich zur Unterzeichnung des irakisch-türkischen Vertrages kommen. Ihn zu verhindern, war der Zweck der lebhaften Ministerpräsidentenkonferenz in Kairo und mehrerer Delegationsreisen nach Bagdad gewesen. Es hat nichts genützt. Der Irak zieht den Eintritt in die westliche Allianz der Zugehörigkeit zur arabischen Liga als dem Block der nahöstlichen Neutralen zwischen den großen Blöcken vor.

Die Arabische Liga war, solange sie blühte - und diese Blüte war immer nur sehr kümmerlich - eine Domäne Ägyptens. So übernahm noch Nasser, als er zuerst gegen Faruk und dann gegen Maguib zur Macht gekommen war, diese Funktion seines Landes in die eigene Verantwortung. Jetzt sieht es so aus, dass er die dominierende Position Kairos nicht länger wird halten können, obwohl die Zusammenkunft der arabischen Premiers wenigstens so viel "Korpsgeist" zeigte, dass sie noch zur einmütigen Mißbilligung des irakischen Paktabschlusses mit der Türkei imstande war. Doch scheint diese Einheitslinie nur äußerlich zu sein. Denn Kenner des Nahen Ostens und nichtarabische Beobachter an Ort und Stelle glauben versichern zu können, dass der Libanon, Syrien und Jordanien es ihrem irakischen Bruder nachtun werden.

Vielleicht haben sich die bisherigen Mitglieder der Liga in Kairo überhaupt zum letzten Male getroffen, und es ist ihre Versammlung das stille Ende der Liga überhaupt. Jedenfalls war es sehr bezeichnend, dass Nasser in seiner ersten und wohl nicht sehr diplomatischen Reaktion erklärte, seine Enttäuschung über das Aus-der-Reihen-tanzen des Irak nur schlecht verbergend, Ägypten werde die Liga verlassen nun, da sie vom Irak gesprengt sei, und einen neuen arabischen Block bilden, dem jeder arabische Staat beitreten könne, der es wolle.

Was aber bleibt für den arabischen Block des Nasser'schen Ausweichmanövers übrig, wenn sich auch die Neigung der drei genannten weiteren Interessenten für einen Anschluß an den Westen - durch jeweils zweiseitige Verträge mit der Türkei - verstärkt? Die Isolierung Ägyptens im Nahen Osten wäre dann vollständig; der Yemen wollte schon garnicht nach Kairo kommen, und die Vorteile Saudi-Arabiens aus einem arabischen Block sind nur schwer erkennbar.

Das Militärregime in Kairo hat zweifellos durch seine innenpolitische Scharfmacherei zum eigenen Wertverlust beigetragen. Die letzte Karte, die es ausspielte, war vielleicht die unglücklichste: Das große Ereignis der Arabischen Liga seit ihrem Bestehen war der Krieg gegen Israel gewesen. Ihn hatte hauptsächlich Ägypten geführt und praktisch verloren. Aber die allerdings niemals sehr feste Waffenbrüderschaft hielt bis in den Waffenstillstand hinein an, wenigstens solange er durch ständige Grenzverletzungen gebrochen war; alte Wunden wurden so immer wieder aufgerissen. Nun ist es an den Demarkationslinien still geworden. Diese Beruhigung an den Grenzen ließ den Sinn der Liga einschlafen. Nasser wollte ihn noch einmal erwecken, als er für eine Zustimmung der Liga zum türkisch-irakischen Fakt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Türkei zu Israel forderte. Er erntete damit allgemeine Ablehnung. Da nahm er seine Zuflucht zu einem Gewaltakt: Er ließ zum Tode verurteilte israelische Spione trotz allgemeiner Protestes hinrichten. Das sollte die antiisraelische Stimmung wieder aufflackern lassen. Das Gegenteil war die Folge, die Provokation brach zusammen.

Die Lücke im südwestlichen Verteidigungssystem zwischen Pakistan und der Türkei wird durch den irakischen Zwischenpfeiler verkleinert und vielleicht durch den späteren Beitritt anderer nächstlicher Staaten geschlossen. Natürlich wird die reale Verteidigungskraft dadurch nicht wesentlich erhöht. Aber es sind gemeinsame Dispositionen für den ganzen Raum möglich. Auf der Suche nach dem Urheber der Veränderung stößt man auf die britische Nahostdiplomatie, die ihren Vertrauten Nuries Said, dem "Fuchs von Bagdad", geschickt an seine türkische Vergangenheit zu erinnern wußte. Dadurch ist auch unmittelbar Englands Position dort stärker geworden, stärker als die der USA.

Interne Vor-Wahlschlacht bei der FDP

-dt, Hannover

Die Erkenntnis, dass die FDP Niedersachsen keineswegs so geschlossen in die Wahlschlacht vom 24. April geht, wie es nach außen hin scheint, war der Haupteindruck des Parteitags im "Bürgerjägerheim" zu Peine. Zwar sind die finanziellen Nachwirkungen des "Falles Stegner" dadurch entgiftet worden, dass der Bundesvorstand und der kräftigere Bruder Nordrhein-Westfalen tief in das Parteisäckel griffen, aber die politischen Ursachen, die Stegner ins Rollen brachten, sind nicht nur nicht ausgestanden, sondern haben sich zu einem Sprengstoff entwickelt, der sich an dem Funken "Landesergänzungsliste" vielleicht sogar noch vor der Wahl entzünden kann.

Die Fronten heißen dabei genau wie vor 1 1/2 Jahren "Hier altliberal, hier nationalliberal". Genauer müsste es heißen "nationalistisch", aber in dieser Nachbarschaft wäre das Adjektiv "liberal" bereits ein Anachronismus.

Vorstoß der Liberalen

Die Überraschung von Peine war: die Front der Liberalen ist gewachsen; die beiden Blöcke stehen sich, heute noch mit einem leichten Übergewicht der "Nationalisten", etwa im Hammelsprung-Verhältnis gegenüber. Die daraus resultierenden Spannungen wurden bereits zu Beginn des Parteitags sichtbar, als ein liberaler Antrag auf Änderung des Parteiprogramms vom Vorstandsmitglied Müller-Osterode mit der Erwiderung abgetan wurde: "Hier soll nicht über Parteiprogramme diskutiert werden, hier soll ihnen das ideologische Rüstzeug für den Kampf gegen die Regierung Kopf gegeben werden." Der liberale Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt, nicht ohne dass ein Sprecher aus Schaumburg bemerkte, dass hier "mit den parlamentarischen Spielregeln Schindluder getrieben wird."

Das war nur ein Blitzlicht; das Flutlicht kam nach den vorstandsamtlichen, ohne viel Bewegung hingenommenen Referaten am späten Nachmittag. Es fiel besonders auf den Mann, der im Hintergrund an den Fäden zieht: Hauptgeschäftsführer Huisgen, von Stegner seinerzeit

nach Hannover gerufen, als die "Unterwanderung" des liberalen Landesvorstandes begann. Mit zwei stundenlang unkämpften Anträgen versuchten die Liberalen, die Gewichte im Landesvorstand zu verschieben. Der erste Antrag verlangte, dass die Landesergänzungsliste, die für die Über das ganze Land ohne besondere Schwerpunkte verstreute FDP besonders wichtig ist, nicht vom Landesvorstand, sondern vom Parteitag aufgestellt werde. Der zweite Antrag bezweckte, dem Hauptgeschäftsführer als Parteifunktionär das passive Wahlrecht abzusprechen.

Wie bei allen Anträgen siegte, an der Grenze der Hammelsprung-Basis, der Parteivorstand. Der Landesvorstand wird also bestimmen, wer auf die Landesliste kommt und der Landesausschuss, ein vom Vorstand maßgeblich beeinflusstes Gremium, wird diese Liste bestätigen.

Wandlungen des MdB Miessner

Dass der Landesvorstand sich noch einmal durchgesetzt hat, verdankt er der starken Oldenburger Gruppe, die, obwohl von jeher liberal, zur allgemeinen Überraschung mit der Gruppe Huisgen ging. Die zweite, für Außenstehende noch größere Überraschung bot aber die nicht minder starke Gruppe Hannover. Im Bezirksverband Hannover hatte vor zwei Jahren die "Unterwanderung" begonnen, geführt von dem seinerzeit von der DRP übergetretenen Bundestagsabgeordneten Miessner.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich jedoch das Bild gewandelt: Miessner, vom Landesvorstand nicht sehr erbaut, vielleicht auch verärgert, ist "Liberaler" geworden und hat den Bezirksverband Hannover wieder ins liberale Lager geführt. Aus seiner Gruppe kamen in Peine die schärfsten Angriffe gegen den Landesvorstand. Zusammen mit der ebenfalls starken liberalen Gruppe Göttingen hätte die Gruppe Hannover den Vorstand aufgerollt, wenn ...

Wenn nicht der Oldenburger Landtagsabgeordnete Post, bisher Liberaler, um sein künftiges Landtagsmandat besorgt wäre. Er braucht eine Versicherung; die bekommt er nur durch einen bevorzugten Platz auf der Landesliste und darüber bestimmt der Landesvorstand. So glaubte der Liberale Post, der offenbar nicht wusste, wie stark inzwischen die Liberalen geworden sind, sein Landtagsmandat nur in der Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand gesichert zu sehen und so führte er die Oldenburger in der Parteitagschlacht auf die Seite mit der Fahne "Nationalliberal".

Am Schluß des Parteitags stiegen einigen Oldenburgern Bedenken auf. Es kann also bald anders werden. Dann wackeln etliche Stühle im Landesvorstand.

Das Kanzlers Überbrettl

-u., Bonn

Seit Jahren zum ersten Mal hatte der Kanzler zu einem Cocktail-Empfang gebeten. Erschienen waren vielleicht 100 Zeitungslcute, denen die freundliche Geste in erster Linie galt, aber auch zwei Bundesminister, "Kollegen", wie sie der Bundeskanzler leutselig titulierte. Die Journalisten trugen schwarz zu einer wohl dosierten Mischung von Respekt und Nonchalance. Der Gastgeber kam direkt von dringenden Amtsgeschäften, eine halbstündige Verspätung erhöhte den Reiz der Veranstaltung.

Dr. Adenauer war aufgeräumt wie nie, ganz auf Dur gestellt, mit leichtem Zugeständnis an die Karnevalszeit. Seine wärmsten und ältesten Verehrer waren entzückt, so hatte er sie selten berauscht mit seinem besten Stimmungcocktail, gemixt aus rheinischem Humor und Dialekt, liebenswürdiger Bissigkeit, einem Schuss Zynismus, gemildert durch eine Prise Charme.

Seht, er kennt die Welt und auch die Roten aller Schattierungen, von Schumacher bis zu Bulganin und kam, so sagt er, doch immer mit ihnen gut aus. Der Oberbürgermeister Bulganin aus Moskau beim Oberbürgermeister Adenauer vor 20 Jahren in Köln, welch' faszinierende Vorstellung unter heutigem Aspekt. Einige besonders Eifrige lösen sich bei dieser sensationellen Mitteilung behutsam aus dem lauschenden Kreis und peilen die nächsten Telefone an. Was Schumacher anlangt, so bemerkt ein Vorwitziger: zu dessen Lebzeiten hätte man von dem guten Einvernehmen zwischen ihm, dem Kanzler, und dem Verstorbenen eigentlich wenig gemerkt. "Na, ja, in der Öffentlichkeit", entgegnet der Hausherr. Und da hier keiner ihm widerstehen kann, warum sollte es damals eigentlich dem SPD-Poß gelungen sein?

Lachen und Schmunzeln, Scherz und Frohsinn. "Das reinste Überbrettl" flüstert jemand aus der Runde diskret. Wer hätte das gedacht, wo man doch eigentlich auf einen sehr ernsten und nachdenklichen Mann gefasst war. Warum war man es?

Nun, der Hausherr ist ein homo politicus durch und durch. Das Auf und Ab seiner Gemütsverfassung bestimmen, jeder weiß das, politische Ursachen wie nichts anderes. Was hat sich also so erheiterns zugetragen? Immerhin einiges. Herr Mendès-France, der junge meteorhaft aufgestiegene und entschieden sehr erfolgreiche junge Kollege aus Paris mußte gehen. Vielleicht kommt Monsieur Schuman, oder kommt Monsieur Bidault wieder? Ihm folgte der Kollege aus Moskau Malenkow. Chruschtschow ist ein besonders harter Bursche. Die Stimmen aus Washington, aus London, Paris und den anderen Städten des Westens sind besorgt. In Deutschland fragen sich die Menschen bekümmert: Ist der Wechsel im Kreml auch noch ein Stück im Kampf um die Verträge, um die deutsche Wiedervereinigung oder ist es schon der Schlüsselpunkt, der Beginn einer Ära erhöhter Gefahren, die besiegelte Teilung Deutschlands?

Die Gäste gehen, angeregt, vom "Alten" bezaubert, von seinem rheinischen Charme leicht benebelt. "So habe ich ihn seit Jahren nicht aus sich herausgehen sehen", meint einer. Sagt ein anderer: "Nehmen wir diesmal lieber ein Fremdwort, sagen wir "sich dekouvrieren sehen". - - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau